



## Regierungsratsbeschluss vom 13. März 2018

Künftige Parkierungspolitik; Vernehmlassungsvorlage

---

P180093

1. Der Regierungsrat ermächtigt das Bau- und Verkehrsdepartement, das Vernehmlassungsverfahren zur Teilrevision des Umweltschutzgesetzes und des Bau- und Planungsgesetzes sowie zur Teilrevision der Parkraumbewirtschaftungsverordnung durchzuführen.

### Begründung

Die Einführung der Parkraumbewirtschaftung hat zu einer Verbesserung der Parkierungssituation für Anwohnerinnen und Anwohner geführt. Die Auslastung der Strassenparkplätze insgesamt konnte aber nur leicht reduziert werden. Vor allem in den dicht besiedelten Wohnquartieren sind die Strassenparkplätze am Abend teilweise überlastet. Um den Parksuchverkehr flächendeckend zu reduzieren, strebt der Regierungsrat an, dass alle öffentlichen Strassenparkplätze eine Auslastung von 90 bis 95% aufweisen. Dafür sollen die Parkkartengebühren erhöht und der Bau von privaten Quartierparkings gefördert werden. Die hierzu notwendigen Anpassungen des Bau- und Planungsgesetzes, des Umweltschutzgesetzes und der Parkraumbewirtschaftungsverordnung liegen im Entwurf vor. Der Regierungsrat führt vom 15. März 2018 bis zum 31. Mai 2018 eine öffentliche Vernehmlassung über diese Vorschläge durch.

